

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999

zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und dem Königreich der Niederlande

über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung

von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken

A. Zielsetzung

Das Abkommen mit dem Königreich der Niederlande vom 16. Juni 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete in der Fassung des 2. Zusatzprotokolls vom 21. Mai 1991 enthält lediglich im Bereich der Grenzgängerbesteuerung Regelungen zur gegenseitigen Unterstützung bei der Zustellung von Schriftstücken und bei der Beitreibung von Steuern und steuerlichen Nebenleistungen. Diese punktuellen Vereinbarungen zur Amtshilfe entsprechen nicht mehr dem gegenwärtigen Stand der deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen und der sich daraus ergebenden steuerlichen Folgen. Eine umfassende gegenseitige Amtshilfe ist erforderlich.

B. Lösung

Das Abkommen vom 21. Mai 1999 enthält die erforderlichen Regelungen und schafft die Grundlage für eine umfassende Amtshilfe bei der Zustellung von Schriftstücken und bei der Beitreibung von Steuern und steuerlichen Nebenleistungen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die durch das Abkommen entstehenden Kosten lassen sich nicht beziffern; sie werden betragsmäßig nicht ins Gewicht fallen. Durch die neu eröffneten Beitreibungsmöglichkeiten werden künftig Steuerausfälle verhindert werden.

E. Sonstige Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (414) – 521 05 – Ste 250/00

Berlin, den 29. März 2000

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 749. Sitzung am 17. März 2000 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 21. Mai 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung
von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Den Haag am 21. Mai 1999 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die neu eröffneten Beitreibungsmöglichkeiten werden künftig Steuerausfälle verhindert werden. Die durch die Amtshilfe entstehenden Kosten lassen sich nicht beziffern; sie fallen betragsmäßig nicht ins Gewicht.

Auswirkungen auf das Preisniveau werden nicht eintreten.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Amtshilfe
bei der Beitreibung von Steueransprüchen
und der Bekanntgabe von Schriftstücken

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de wederzijdse administratieve bijstand
bij de invordering van belastingschulden
en de uitreiking van documenten

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden

– von dem Wunsch geleitet, sich gegenseitig bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken Amtshilfe zu leisten –

Geleid door de wens om elkaar bij de invordering van belastingvorderingen en bij de uitreiking van documenten administratieve bijstand te verlenen,

sind wie folgt übereingekommen:

Zijn het volgende overeengekomen:

Abschnitt I

Geltungsbereich des Abkommens

Artikel 1

**Gegenstand des Abkommens
und unter das Abkommen fallende Personen**

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Ein Vertragsstaat leistet Amtshilfe, gleichgültig, ob die betroffene Person in einem Vertragsstaat ansässig ist oder deren Staatsangehörigkeit besitzt.

(3) Dieses Abkommen geht den Bestimmungen anderer zweiseitiger Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken mit beschränkterem Geltungsbereich vor.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Die bestehenden Steuern, auf die das Abkommen anzuwenden ist, sind

- a) in Deutschland:
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Vermögensteuer,
 - die Gewerbesteuer,

Hoofdstuk I

Reikwijdte van het Verdrag

Artikel 1

**Onderwerp van het Verdrag
en personen waarop het Verdrag van toepassing is**

1. De Verdragsluitende Staten verlenen elkaar administratieve bijstand bij de invordering van belastingvorderingen en bij de uitreiking van documenten.

2. Een Verdragsluitende Staat verleent administratieve bijstand ongeacht of de betrokken persoon inwoner van een van de Verdragsluitende Staten is of de nationaliteit daarvan bezit.

3. Dit Verdrag heeft voorrang boven de bepalingen van andere bilaterale regelingen tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden over de wederzijdse administratieve bijstand bij de invordering van belastingvorderingen en de uitreiking van documenten, die een beperktere reikwijdte hebben.

Artikel 2

Belastingen waarop het Verdrag van toepassing is

1. De bestaande belastingen waarop het Verdrag van toepassing is, zijn

- a) in Duitsland:
- de inkomstenbelasting (die Einkommensteuer),
 - de vennootschapsbelasting (die Körperschaftsteuer),
 - de vermogensbelasting (die Vermögensteuer),
 - de ondernemingsbelasting (die Gewerbesteuer),

- der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer;
- b) in den Niederlanden:
- de inkomstenbelasting (die Einkommensteuer),
 - de loonbelasting (die Lohnsteuer),
 - de vennootschapsbelasting (die Körperschaftsteuer) einschließlich des Anteils des Staates an dem durch die Nutzung natürlicher Ressourcen erzielten Nettogewinn – erhoben aufgrund des Mijwet 1810 (Berggesetzes von 1810) bezüglich der seit 1967 erteilten Konzessionen oder aufgrund des Mijwet Continentaal Plat 1965 (Gesetz über die Gewinnung von Bodenschätzen auf dem Festlandsockel von 1965),
 - de dividendbelasting (die Dividendensteuer),
 - de vermogensbelasting (die Vermögensteuer).

(2) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können vereinbaren, daß dieses Abkommen auch anzuwenden ist auf andere Steuern, die von einem Vertragsstaat erhoben werden. Darunter sind auch die Steuern zu verstehen, die von Gebietskörperschaften eines Vertragsstaats erhoben werden.

Abschnitt II

Artikel 3 Begriffsbestimmungen

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, das Königreich der Niederlande (die Niederlande) oder die Bundesrepublik Deutschland und der Ausdruck „die Vertragsstaaten“ das Königreich der Niederlande (die Niederlande) und die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Ausdruck „die Niederlande“ den in Europa gelegenen Teil des Königreichs der Niederlande und das an die niederländischen Hoheitsgewässer grenzende Gebiet, das nach niederländischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die ausschließliche Wirtschaftszone der Niederlande bildet;
- c) der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausübt;
- d) die Ausdrücke „ersuchender Staat“ den Vertragsstaat, der um Amtshilfe ersucht, und „ersuchter Staat“ den Vertragsstaat, der um Amtshilfe ersucht wird;
- e) der Ausdruck „Steueransprüche“ alle Steuerbeträge sowie Steuerzuschläge einschließlich Verspätungs- und Säumniszuschläge und Steuererhöhungen hinsichtlich der Steuern, für die das Abkommen gilt, und die darauf entfallenden Zinsen sowie die mit der Beitreibung zusammenhängenden Ver-

- de solidariteitstoeslag op de inkomstenbelasting en op de vennootschapsbelasting (der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer);

b) in Nederland:

- de inkomstenbelasting,
- de loonbelasting,
- de vennootschapsbelasting, daaronder begrepen het aandeel van de Staat in de netto winsten behaald met de exploitatie van natuurlijke rijkdommen geheven krachtens de Mijwet 1810 met betrekking tot concessies uitgegeven vanaf 1967, of geheven krachtens de Mijwet continentaal plat 1965,
- de dividendbelasting,
- de vermogensbelasting.

2. Het Verdrag is ook van toepassing op alle gelijke of in wezen gelijksoortige belastingen die na de ondertekening van het Verdrag naast of in de plaats van de bestaande belastingen worden geheven. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten doen elkaar mededeling van alle van betekenis zijnde wijzigingen die in hun respectievelijke belastingwetgevingen zijn aangebracht.

3. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen overeenkomen dat dit Verdrag ook van toepassing is op andere belastingen die door een Verdragsluitende Staat worden geheven. Daaronder zijn ook belastingen te verstaan die door publiekrechtelijke lichamen van een Verdragsluitende Staat worden geheven.

Hoofdstuk II

Artikel 3 Begripsbepalingen

1. Voor de toepassing van dit Verdrag, tenzij de context anders vereist:

- a) betekenen de uitdrukkingen „een Verdragsluitende Staat“ en „de andere Verdragsluitende Staat“ het Koninkrijk der Nederlanden (Nederland) of de Bondsrepubliek Duitsland, al naar de context vereist; betekent de uitdrukking „de Verdragsluitende Staten“ het Koninkrijk der Nederlanden (Nederland) en de Bondsrepubliek Duitsland;
- b) betekent de uitdrukking „Nederland“ het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk der Nederlanden en het aan de Nederlandse territoriale wateren grenzende gebied dat naar Nederlands recht en in overeenstemming met het volkenrecht de exclusieve economische zone van Nederland vormt;
- c) betekent de uitdrukking „Bondsrepubliek Duitsland“ het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland met inbegrip van het aan de territoriale wateren grenzende gebied van de zeebodem, de ondergrond daarvan en de daarboven gelegen waterkolommen, voor zover de Bondsrepubliek Duitsland daar, in overeenstemming met het volkenrecht en de bepalingen van nationaal recht, soevereine rechten en bevoegdheden uitoefent met betrekking tot de opsporing en winning van natuurlijke rijkdommen;
- d) betekenen de uitdrukkingen „verzoekende Staat“ de Verdragsluitende Staat die om administratieve bijstand verzoekt, en „aangezochte Staat“ de Verdragsluitende Staat die om administratieve bijstand wordt verzocht;
- e) betekent de uitdrukking „belastingvordering“ alle belastingbedragen alsmede belastingtoeslagen, daaronder begrepen toeslagen ter zake van te late betaling en aanmaningskosten en belastingverhogingen met betrekking tot de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is, en de daarop betrek-

waltungsbußen einschließlich der Zwangsgelder, Kosten und Zinsen, die geschuldet werden und noch nicht bezahlt worden sind;

- f) der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- g) der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- h) der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
- aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- bb) in bezug auf die Niederlande alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Niederlande besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in den Niederlanden geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) der Ausdruck „zuständige Behörde“:
- aa) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, auf die es seine Befugnisse delegiert hat;
- bb) auf seiten der Niederlande der Minister der Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, die unter das Abkommen fallen. Zu dem Recht der Vertragsstaaten gehört auch das zwischen den beiden Staaten bestehende Abkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete oder ein an dessen Stelle tretendes Abkommen.

Abschnitt III

Amtshilfe bei der Beitreibung

Artikel 4

Beitreibung steuerlicher Ansprüche

(1) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats führt der andere Vertragsstaat vorbehaltlich der Artikel 5 und 6 die Beitreibung der Steueransprüche des erstgenannten Vertragsstaats durch, als handele es sich um seine eigenen Steueransprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für Steueransprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und nicht mehr angefochten werden können, es sei denn, daß die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten etwas anderes vereinbaren.

(3) Das Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung kann sich auf den Schuldner oder auf jede andere Person beziehen, die aufgrund der Gesetzgebung des ersuchenden Staates für die Steuerschuld haftet.

(4) Die Verpflichtung zur Unterstützung bei der Beitreibung von Steueransprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß beschränkt sich auf den Wert des Nachlasses oder desjenigen Teils des Vermögens, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder von den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

king hebbende interest alsmede de met de invordering samenhangende administratieve boetes, met inbegrip van dwangsommen, kosten en interest, die verschuldigd zijn en nog niet zijn voldaan;

- f) betekend de uitdrukking „persoon“ natuurlijke personen, lichamen en alle andere verenigingen van personen;
- g) betekend de uitdrukking „lichaam“ rechtspersonen of eenheden die voor de belastingheffing als rechtspersonen worden behandeld;
- h) betekend de uitdrukking „onderdaan“:
- aa) met betrekking tot de Bondsrepubliek Duitsland alle Duitsers in de zin van de Grondwet van de Bondsrepubliek Duitsland en alle rechtspersonen, vennootschappen en verenigingen van personen, die hun rechtspositie als zodanig ontlenen aan de wetgeving die in de Bondsrepubliek Duitsland van kracht is;
- bb) met betrekking tot Nederland alle natuurlijke personen die de Nederlandse nationaliteit bezitten en alle rechtspersonen, vennootschappen en verenigingen van personen, die hun rechtspositie als zodanig ontlenen aan de wetgeving die in Nederland van kracht is;
- i) betekend de uitdrukking „bevoegde autoriteit“:
- aa) voor de Bondsrepubliek Duitsland, het „Bundesministerium der Finanzen“ of de autoriteit waaraan het zijn bevoegdheden heeft gedelegeerd;
- bb) voor Nederland, de Minister van Financiën of zijn bevoegde vertegenwoordiger.

2. Voor de toepassing van het Verdrag door een Verdragsluitende Staat heeft, tenzij het zinsverband anders vereist, elke in het Verdrag niet omschreven uitdrukking de betekenis die die uitdrukking heeft volgens de wetgeving van die Verdragsluitende Staat met betrekking tot de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is. Tot de wetgeving van de Verdragsluitende Staten behoort ook de tussen de beide Staten bestaande Overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland tot het vermijden van dubbele belasting op het gebied van belastingen van het inkomen en van het vermogen alsmede van verscheidene andere belastingen en tot het regelen van andere aangelegenheden op belastinggebied of een verdrag dat daarvoor in de plaats treedt.

Hoofdstuk III

Administratieve bijstand bij de invordering

Artikel 4

Invordering van belastingvorderingen

1. Behoudens het bepaalde in de artikelen 5 en 6, vordert een Verdragsluitende Staat op verzoek van de andere Verdragsluitende Staat belastingvorderingen van de eerstgenoemde Verdragsluitende Staat in als betrof het zijn eigen belastingvorderingen.

2. Het eerste lid is slechts van toepassing op belastingvorderingen die onderwerp zijn van een geldige executoriale titel in de verzoekende Staat en die, tenzij de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten iets anders overeenkomen, niet meer kunnen worden bestreden.

3. Het verzoek om administratieve bijstand bij de invordering kan betrekking hebben op de schuldenaar of op elke andere persoon die op grond van de wetgeving van de verzoekende Staat voor de belastingschuld aansprakelijk is.

4. De verplichting om bijstand te verlenen bij het invorderen van belastingvorderingen betreffende een overledene of zijn nalatenschap is beperkt tot de waarde van de nalatenschap of dat deel van het vermogen dat door iedere begunstigde tot de nalatenschap wordt verkregen, afhankelijk van de vraag of de vorderingen dienen te worden ingevorderd uit de nalatenschap of bij de begunstigten daartoe.

Artikel 5**Verjährungsfristen**

(1) Verjährungsfristen von Steueransprüchen richten sich nach dem Recht des ersuchenden Staates. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die Steueransprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die in Absatz 1 erwähnte Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

(3) Der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, ein Amtshilfeersuchen auszuführen, das nach Ablauf von 15 Jahren nach dem Zeitpunkt der Ausstellung des ursprünglichen Vollstreckungstitels gestellt wird.

Artikel 6**Bevorzugte Befriedigung**

Die Steueransprüche, bei deren Beitreibung Amtshilfe geleistet wird, genießen in dem ersuchten Vertragsstaat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für Steueransprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

Artikel 7**Zahlungsaufschub**

Der ersuchte Vertragsstaat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zulässt; er unterrichtet den anderen Vertragsstaat hierüber.

Artikel 8**Sicherungsmaßnahmen**

(1) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats trifft der andere Vertragsstaat zum Zweck der Beitreibung von Steueransprüchen so bald wie möglich, doch spätestens innerhalb eines Monats nach Eingang des Ersuchens, Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn die Steueransprüche angefochten worden sind oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstreckungstitel ausgestellt worden ist.

(2) Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden auf Personen, die aufgrund der Gesetzgebung des ersuchenden Staates für die Steuerschuld haften.

Abschnitt IV**Artikel 9****Bekanntgabe von Schriftstücken**

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke betreffend Steueransprüche durch die Post unmittelbar zusenden, auch soweit sie andere als unter das Abkommen fallende Steuern betreffen.

(2) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats stellt der andere Vertragsstaat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und unter das Abkommen fallende Steuern betreffen. Die Vertragsstaaten werden nach vorstehendem Satz verfahren, sofern der ersuchende Staat darlegt, daß das Verfahren nach Absatz 1 nicht möglich oder zweckmäßig ist.

(3) Der ersuchte Staat stellt die Schriftstücke zu, als handele es sich um seine eigenen Schriftstücke,

Artikel 5**Verjaringstermijnen**

1. Verjaringstermijnen van belastingvorderingen worden beheerst door het recht van de verzoekende Staat. Het verzoek om invordering bevat gegevens over de verjaringstermijnen die voor de belastingvorderingen gelden.

2. Handelingen betreffende invordering, die ingevolge een verzoek door de aangezochte Staat worden verricht en die overeenkomstig het recht van deze Staat de in het eerste lid vermelde verjaringstermijn zouden schorsen of stuiten, hebben hetzelfde gevolg voor het recht van de verzoekende Staat. De aangezochte Staat doet de verzoekende Staat mededeling van zodanige daden.

3. De aangezochte Staat is niet verplicht een verzoek om administratieve bijstand in te willigen dat wordt gedaan na het verstrijken van een tijdvak van 15 jaren vanaf de datum van de oorspronkelijke executoriale titel.

Artikel 6**Prioriteit**

De belastingvorderingen waarvoor bijstand bij invordering wordt verleend, genieten in de aangezochte Verdragsluitende Staat niet de voorrang die speciaal geldt voor belastingvorderingen van deze Staat.

Artikel 7**Uitstel van betaling**

De aangezochte Verdragsluitende Staat kan uitstel van betaling of betaling in termijnen toestaan, indien zijn wetgeving of zijn administratieve praktijk dit in soortgelijke omstandigheden toestaat; hij doet hiervan mededeling aan de andere Verdragsluitende Staat.

Artikel 8**Conservatoire maatregelen**

1. Op verzoek van een Verdragsluitende Staat neemt de andere Verdragsluitende Staat met het oog op de invordering van belastingvorderingen zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk binnen een maand na ontvangst van het verzoek, conservatoire maatregelen, zelfs als de belastingvorderingen worden bestreden of als slechts een voorlopige, dan wel een met het oog op beslaglegging tot zekerheid uitgevaardigde, executoriale titel uitgevaardigd is.

2. Het eerste lid is van overeenkomstige toepassing op personen die op grond van de wetgeving van de verzoekende Staat voor de belastingschuld aansprakelijk zijn.

Hoofdstuk IV**Artikel 9****Uitreiking van documenten**

1. Elke Verdragsluitende Staat kan een persoon op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat documenten met betrekking tot belastingvorderingen rechtstreeks per post uitreiken, ook voorzover die betrekking hebben op andere belastingen dan waarop het Verdrag van toepassing is.

2. Op verzoek van een Verdragsluitende Staat reikt de andere Verdragsluitende Staat documenten uit aan de geadresseerde, met inbegrip van documenten betreffende rechterlijke beslissingen, die afkomstig zijn van de verzoekende Staat en verband houden met belastingen waarop het Verdrag van toepassing is. Voorzover de verzoekende Staat aantoonde dat de in het eerste lid vermelde procedure niet mogelijk of niet doelmatig is, zullen de Verdragsluitende Staten handelen overeenkomstig het gestelde in de eerste volzin.

3. De aangezochte Staat reikt documenten zodanig uit als betrof het zijn eigen documenten:

- a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

(5) Es ist nicht erforderlich, einem nach diesem Artikel zugestellten Schriftstück eine Übersetzung beizufügen.

Abschnitt V

Bestimmungen, die für alle Arten der Amtshilfe gelten

Artikel 10

Inhalt, Umsetzung und Beantwortung des Ersuchens

- (1) Im Ersuchen sind, soweit erforderlich, anzugeben
- a) die Behörde oder Dienststelle, von der das durch die zuständige Behörde vorgelegte Ersuchen ausgeht;
 - b) Name, Anschrift und andere sachdienliche Angaben zur Identifizierung der Person, die das Ersuchen betrifft;
 - c) bei einem Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung oder um Sicherungsmaßnahmen, Art und Zusammensetzung der Steueransprüche und die Vermögenswerte, aus denen die Steueransprüche befriedigt werden können, soweit diese dem ersuchenden Staat bekannt sind;
 - d) bei einem Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken, Art und Gegenstand der zuzustellenden Schriftstücke.
- (2) Dem Ersuchen nach Artikel 4 oder 8 sind beizufügen
- a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und vorbehaltlich des Artikels 4 Absatz 2 im Falle eines Beitreibungersuchens nicht mehr angefochten werden kann,
 - b) eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels und
 - c) sonstige für die Beitreibung erforderlichen Schriftstücke.
- (3) Sobald dem ersuchenden Staat weitere Informationen im Zusammenhang mit dem Ersuchen zur Kenntnis gelangt sind, unterrichtet er den ersuchten Staat.
- (4) Wird das Ersuchen um Beitreibung oder Erlaß von Sicherungsmaßnahmen infolge der Erfüllung oder infolge des Erlöschens der Forderung oder aus anderen Gründen gegenstandslos, so teilt der ersuchende Staat dies dem ersuchten Staat unverzüglich mit.
- (5) Der ersuchte Staat bestätigt so bald wie möglich, doch in jedem Fall innerhalb von 7 Tagen, schriftlich den Eingang des Amtshilfeersuchens. Wird dem Ersuchen entsprochen, so unterrichtet der ersuchte Staat so bald wie möglich, doch in jedem Fall vor dem Ablauf einer Frist von 6 Monaten nach dem Datum der Bestätigung des Eingangs des Ersuchens, über die getroffenen Maßnahmen und das Ergebnis der Amtshilfe.

(6) Der im ersuchenden Staat gültige Vollstreckungstitel wird, soweit erforderlich, gemäß den im ersuchten Staat geltenden Bestimmungen so bald wie möglich, spätestens aber innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Amtshilfeersuchens, aner-

- a) volgens een door zijn wetgeving voorgeschreven methode voor de uitreiking van documenten van in wezen soortgelijke aard;
- b) voor zover mogelijk, volgens een bepaalde door de verzoevende Staat gewenste methode of volgens een krachtens de wetgeving van de aangezochte Staat bestaande methode die de door de verzoevende Staat gewenste methode het dichtst benadert.

4. Geen enkele bepaling van dit Verdrag mag zodanig worden uitgelegd dat deze de uitreiking van documenten door een Verdragsluitende Staat in overeenstemming met zijn wetgeving ongeldig maakt, als deze in tegenspraak is met de bepalingen van dit artikel.

5. Als een document wordt uitgereikt in overeenstemming met dit artikel, behoeft het niet vergezeld te gaan van een vertaling.

Hoofdstuk V

Bepalingen betreffende alle vormen van administratieve bijstand

Artikel 10

Inhoud, omzetting en beantwoording van een verzoek

1. Voor zover nodig wordt in het verzoek vermeld
- a) van welke autoriteit of instantie het door de bevoegde autoriteit ingediende verzoek afkomstig is;
 - b) de naam, het adres en andere ter zake dienende gegevens die bijdragen aan de identificatie van de persoon op wie het verzoek betrekking heeft;
 - c) in geval van een verzoek om administratieve bijstand bij invordering of bij conservatoire maatregelen, de aard en bestanddelen van de belastingvorderingen en de bezittingen waarop de belastingvorderingen verhaald kunnen worden, voor zover deze aan de verzoevende Staat bekend zijn;
 - d) in geval van een verzoek om uitreiking van documenten, de aard en het onderwerp van de uit te reiken documenten.
2. Een verzoek als bedoeld in artikel 4 of artikel 8 gaat vergezeld van
- a) een verklaring dat de vordering betrekking heeft op een belasting waarop het Verdrag van toepassing is en in het geval van een verzoek om invordering, dat, behoudens het tweede lid van artikel 4, de vordering niet meer kan worden bestreden;
 - b) een officieel afschrift van de in de verzoevende Staat geldige executoriale titel en
 - c) ieder ander document dat vereist is voor de invordering.
3. Zodra de verzoevende Staat andere inlichtingen verkrijgt die verband houden met het verzoek, doet hij daarvan mededeling aan de aangezochte Staat.
4. Indien ten gevolge van de voldoening of ten gevolge van het ongeldigworden van de vordering of om andere redenen de grond ontvalt aan een verzoek om invordering of het nemen van conservatoire maatregelen, doet de verzoevende Staat daarvan onverwijld mededeling aan de aangezochte Staat.
5. De aangezochte Staat bevestigt zo spoedig mogelijk, doch in elk geval binnen 7 dagen, schriftelijk de ontvangst van het verzoek om administratieve bijstand. Indien het verzoek wordt ingewilligd, doet de aangezochte Staat zo spoedig mogelijk, doch in elk geval voor het verstrijken van een termijn van zes maanden na de datum van de bevestiging van de ontvangst van het verzoek, mededeling van de genomen maatregelen en over het resultaat van de administratieve bijstand.
6. De in de verzoevende Staat geldige executoriale titel wordt, indien noodzakelijk in overeenstemming met de in de aangezochte Staat van kracht zijnde bepalingen, zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk binnen twee maanden na de datum van ontvangst

kannt, ergänzt oder durch einen Vollstreckungstitel des letztgenannten Staates ersetzt.

Artikel 11

Grenzen der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die persönlichen Rechte und Sicherheiten, die die Gesetze oder die Verwaltungspraxis des ersuchten Staates gewähren.

(2) Der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, den Steueranspruch durch Inhaftnahme beizutreiben.

(3) Das Abkommen ist, vorbehaltlich des Artikels 5, nicht so auszulegen, als verpflichte es den ersuchten Staat,

- a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die nach seiner Auffassung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widersprechen;
- c) einem Ersuchen zu entsprechen, wenn der ersuchende Staat nicht alle in seinem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen die Durchführung derartiger Mittel unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn und soweit die Besteuerung im ersuchenden Staat nach seiner Auffassung im Widerspruch zu allgemein geltenden Besteuerungsgrundsätzen, zu einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder einem anderen Abkommen steht, das der ersuchte Staat mit dem ersuchenden Staat geschlossen hat;
- e) Amtshilfe zu leisten, wenn diese unter gleichen Verhältnissen gegenüber einem Staatsangehörigen des ersuchten Staates zu einer Diskriminierung eines Staatsangehörigen des ersuchenden Staates führen würde;
- f) einem Ersuchen um Zustellung zu entsprechen, wenn das zu einer unverhältnismäßigen Belastung seiner Verwaltung führen würde.

(4) Wird das Amtshilfeersuchen zurückgewiesen, so unterrichtet der ersuchte Staat so bald wie möglich von der Entscheidung unter Angabe der Gründe.

Artikel 12

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der beiden Staaten betreffend die Beitreibung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder die Zustellung erforderlich sind.

(2) Absatz 1 dieses Artikels ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat:

- a) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- b) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 13

Geheimhaltung und Datenschutz

(1) Die Informationen, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die

van het verzoek om administratieve bijstand, erkend, aangevuld dan wel vervangen door een in de laatstgenoemde Staat geldige executoriale titel.

Artikel 11

Grenzen aan de verplichting tot het verlenen van bijstand

1. Geen enkele bepaling van dit Verdrag tast de rechten en waarborgen aan die personen hebben volgens de wetgeving of de administratieve praktijk van de aangezochte Staat.

2. De aangezochte Staat is niet verplicht een belastingvordering in te vorderen door middel van inhechtenisneming.

3. Behalve in het geval van artikel 5, worden de bepalingen van dit Verdrag niet zodanig uitgelegd dat zij de aangezochte Staat de verplichting opleggen

- a) maatregelen te nemen die in strijd zijn met zijn eigen wetgeving of administratieve praktijk of met de wetgeving of administratieve praktijk van de verzoekende Staat;
- b) maatregelen te nemen die hij strijdig acht met de openbare orde of met zijn wezenlijke belangen;
- c) een verzoek in te willigen, indien de verzoekende Staat niet alle op zijn eigen grondgebied beschikbare middelen heeft aangewend, tenzij de aanwending van zodanige middelen zou leiden tot onevenredig grote moeilijkheden;
- d) administratieve bijstand te verlenen indien en voor zover hij de belasting in de verzoekende Staat in strijd acht met algemeen aanvaarde beginselen van belastingheffing, met de bepalingen van een verdrag tot het vermijden van dubbele belasting of met enig ander verdrag dat de aangezochte Staat heeft gesloten met de verzoekende Staat;
- e) administratieve bijstand te verlenen indien dit in dezelfde omstandigheden zou leiden tot discriminatie van een onderdaan van de verzoekende Staat ten opzichte van een onderdaan van de aangezochte Staat;
- f) een verzoek om uitreiking in te willigen, indien dat tot een onevenredige belasting van zijn administratie zou leiden.

4. Indien het verzoek om administratieve bijstand wordt afgewezen, doet de aangezochte Staat zo spoedig mogelijk mededeling van deze beslissing en de redenen daarvan.

Artikel 12

Uitwisseling van inlichtingen

1. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit die nodig zijn voor het uitvoeren van de bepalingen van dit Verdrag of van de nationale wetgeving van de beide Staten met betrekking tot de invordering van de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is of voor de uitreiking van documenten.

2. In geen geval worden de bepalingen van het eerste lid aldus uitgelegd dat zij een Verdragsluitende Staat de verplichting opleggen:

- a) inlichtingen te verstrekken die niet verkrijgbaar zijn volgens zijn eigen wetgeving of administratieve praktijk of krachtens de wetgeving of administratieve praktijk van de andere Verdragsluitende Staat;
- b) inlichtingen te verstrekken die een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze zouden onthullen, of inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

Artikel 13

Geheimhouding en bescherming van gegevens

1. Alle door een Verdragsluitende Staat krachtens dit Verdrag verkregen inlichtingen worden op dezelfde wijze geheim gehou-

Informationen, die dieser Staat aufgrund seines innerstaatlichen Rechts erhalten hat. Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Erhebung, Beitreibung, der verwaltungsmäßigen Überprüfung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen im Zusammenhang mit den unter dieses Abkommen fallenden Steuern dieses Staates befaßt sind. Diese Personen oder Behörden oder Einrichtungen dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden; sie können sie jedoch nach vorheriger Zustimmung durch den die Informationen erteilenden Staat in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde erfolgen.

(2) Der Vertragsstaat, der die Informationen erhält, unterrichtet den Vertragsstaat, der die Informationen übermittelt, auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

(3) Der Vertragsstaat, der die Informationen übermittelt, ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden dürften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Staat, der die Informationen erhalten hat, unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

(4) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

(5) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der Vertragsstaat, der die Informationen erhalten hat, nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.

(6) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

(7) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

(8) Der übermittelnde und empfangende Staat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 14 **Rechtsbehelf**

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen ist nur bei der dazu zuständigen Instanz dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere bei der Beitreibung, der das Bestehen oder die Höhe des Steueran-

den als inlichtingen die krachtens de nationale wetgeving van deze Staat zijn verkregen. Zodanige gegevens worden in ieder geval slechts ter kennis gebracht van personen of autoriteiten (met inbegrip van rechterlijke instanties en administratiefrechtelijke instanties of lichamen) die betrokken zijn bij de heffing of invordering van, de tenuitvoerlegging van of de vervolging ter zake van, of de beslissing in beroepszaken met betrekking tot de belastingen van deze Staat waarop het Verdrag van toepassing is. Deze personen, autoriteiten of instanties mogen van die inlichtingen alleen voor deze doeleinden gebruik maken. Zij kunnen de inlichtingen echter, na voorafgaande toestemming van de Staat die de inlichtingen heeft verstrekt, bekend maken in openbare rechtszittingen of in rechterlijke beslissingen met betrekking tot deze belastingen. Een verdere overdracht aan andere instanties mag slechts plaatsvinden na voorafgaande toestemming van de bevoegde autoriteit.

2. Op een daartoe strekkend verzoek van de Verdragsluitende Staat die de inlichtingen verstrekt, doet de Verdragsluitende Staat die de inlichtingen ontvangt mededeling omtrent het gebruik van de verstrekte gegevens en over de daarmee bereikte resultaten.

3. De Verdragsluitende Staat die de inlichtingen verstrekt, is gehouden acht te slaan op de juistheid van de te verstrekken gegevens, alsmede op de noodzaak en op de evenredigheid tot het met de verstrekking beoogde doel. Daarbij moet rekening worden gehouden met de geldende voorbehouden ter zake van het verstrekken van gegevens in de nationale wetgeving. Indien mocht blijken dat onjuiste gegevens of gegevens die niet verstrekt mochten worden, toch zijn verstrekt, dan dient dat onverwijld te worden medegedeeld aan de Staat die de inlichtingen heeft ontvangen. Deze is gehouden correcties aan te brengen of de ontvangen inlichtingen te vernietigen.

4. Op diens verzoek moet een betrokkene worden geïnformeerd over de inlichtingen die ten aanzien van zijn persoon zijn uitgewisseld, alsmede over het beoogde gebruik daarvan. Zodanige verplichting tot het verstrekken van informatie bestaat niet voor zover het openbare belang bij het niet verstrekken van de informatie, zwaarder weegt dan het belang van de betrokkene bij het wel verstrekken van de informatie. Voor het overige wordt het recht van de betrokkene, om te worden geïnformeerd over de gegevens die met betrekking tot hem voorhanden zijn, geregeld door het nationale recht van de Verdragsluitende Staat die om de inlichtingen wordt verzocht.

5. Indien een persoon ten gevolge van in het kader van de uitwisseling van inlichtingen verstrekte gegevens onrechtmatig wordt geschaad, dan is de Verdragsluitende Staat die de inlichtingen heeft ontvangen, daarvoor jegens die persoon aansprakelijk overeenkomstig zijn nationale wetgeving. Die Staat kan zich er tegenover de benadeelde persoon niet op beroepen dat de schade is veroorzaakt door de Staat die de inlichtingen heeft verstrekt.

6. Gegevens die op een persoon betrekking hebben dienen te worden vernietigd zodra ze niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor ze zijn verstrekt.

7. De Verdragsluitende Staten zijn verplicht de verstrekking en de ontvangst van gegevens die op personen betrekking hebben schriftelijk vast te leggen.

8. De verstreckende en de ontvangende Staat zijn verplicht uitgewisselde gegevens die op personen betrekking hebben op doeltreffende wijze te beschermen tegen onbevoegde toegang, onbevoegde wijziging en onbevoegde bekendmaking.

Artikel 14 **Rechtsmiddelen**

1. Een bezwaar tegen de door de aangezochte Staat op grond van dit Verdrag genomen maatregelen kan slechts worden ingediend bij de daarvoor bevoegde instantie van deze Staat.

2. Een bezwaar tegen de door de verzoekende Staat op grond van dit Verdrag getroffen maatregelen, in het bijzonder bij de invordering, waarbij het bestaan of de hoogte van de belasting-

spruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei der dazu zuständigen Instanz dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung kann der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aussetzen, bis die Entscheidung der zuständigen Instanz vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat in dieser Angelegenheit gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Amtshilfeersuchen.

Artikel 15

Kosten

(1) Die üblichen bei Gewährung der Amtshilfe entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche Kosten bei der Gewährung der Amtshilfe gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

(2) Der ersuchende Staat bleibt dem ersuchten Staat gegenüber für die finanziellen Folgen von Beitreibungersuchen verantwortlich, die sich wegen Nichtbestehens des Steueranspruchs oder wegen Ungültigkeit des Vollstreckungstitels als unberechtigt erwiesen haben.

Artikel 16

Durchführung des Abkommens

(1) Die Vertragsstaaten verkehren zur Durchführung dieses Abkommens durch die zuständigen Behörden miteinander. Die zuständigen Behörden können zu diesem Zweck unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie dieses Abkommen durchzuführen ist. Dabei kann ein Mindestbetrag sowie der maßgebliche Umrechnungskurs für die Beitreibung von Steueransprüchen festgesetzt werden.

(3) Bestehen bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens Schwierigkeiten oder Zweifel, so werden sich die zuständigen Behörden bemühen, die Fragen so bald wie möglich in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(4) Die Ersuchen und die entsprechenden Antworten können in deutscher oder niederländischer Sprache abgefaßt sein.

Abschnitt VI Schlußbestimmungen

Artikel 17 Inkrafttreten

Dieses Abkommen bedarf zu seinem Inkrafttreten der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich ausgetauscht.

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 18 Geltungsdauer

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden

vordering of de executoriale titel in het geding is, kan slechts worden ingediend bij de daarvoor bevoegde instantie van deze Staat. De verzoekende Staat doet de aangezochte Staat er onverwijld mededeling van dat een bezwaar is ingediend. Na ontvangst van deze mededeling kan de aangezochte Staat de invorderingsprocedure opschorten totdat de bevoegde instantie uitspraak op het bezwaar heeft gedaan. De aangezochte Staat kan, indien hij daarom wordt verzocht door de verzoekende Staat, echter ter waarborging van de invordering conservatoire maatregelen nemen. Ook elke andere betrokken partij kan de aangezochte Staat mededelen dat een bezwaar is ingediend. Na ontvangst van de mededeling raadpleegt de aangezochte Staat in voorkomend geval de verzoekende Staat over deze aangelegenheid.

3. Zodra met betrekking tot het bezwaar een uitspraak is gedaan doet de verzoekende Staat of de aangezochte Staat mededeling aan de andere Staat over die uitspraak en de gevolgen daarvan ten aanzien van het verzoek om administratieve bijstand.

Artikel 15

Kosten

1. Gewone kosten, gemaakt in verband met het verlenen van administratieve bijstand, worden gedragen door de aangezochte Staat. Buitengewone kosten, gemaakt in verband met het verlenen van administratieve bijstand, worden gedragen door de verzoekende Staat.

2. De verzoekende Staat blijft jegens de aangezochte Staat verantwoordelijk voor de geldelijke gevolgen van verzoeken om invordering die onterecht zijn gebleken vanwege het niet bestaan van de belastingvordering of ten aanzien van de rechtsgeldigheid van de executoriale titel.

Artikel 16

Tenuitvoerlegging van het Verdrag

1. De Verdragsluitende Staten plegen onderling overleg met betrekking tot de tenuitvoerlegging van dit Verdrag door tussenkomst van de bevoegde autoriteiten. De bevoegde autoriteiten kunnen hiertoe rechtstreeks met elkaar overleg plegen.

2. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten regelen in onderling overleg de wijze van toepassing van dit Verdrag. Daarbij kan een minimumbedrag alsmede de te hanteren omrekeningskoers voor de invordering van belastingvorderingen worden vastgesteld.

3. De bevoegde autoriteiten trachten moeilijkheden of twijfelpunten die mochten rijzen aangaande de uitlegging of de toepassing van het Verdrag, zo spoedig mogelijk in onderling overleg op te lossen.

4. De verzoeken en de antwoorden daarop kunnen in het Duits of in het Nederlands worden gesteld.

Hoofdstuk VI Slotbepalingen

Artikel 17 Inwerkingtreding

Teneinde in werking te kunnen treden dient dit Verdrag te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging zullen zo spoedig mogelijk worden uitgewisseld.

Dit Verdrag treedt een maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking.

Artikel 18 Geldigheidsduur

Dit Verdrag geldt voor onbepaalde tijd; het kan evenwel door elk van de Verdragsluitende Staten langs diplomatieke weg wor-

Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten letztmals anzuwenden auf Beistandshandlungen, die vor dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

den opgezegd door vóór 30 juni van enig kalenderjaar na het verstrijken van een periode van vijf jaar na de datum van inwerkingtreding van het Verdrag de andere Staat schriftelijk kennis te geven van opzegging. In dat geval vindt het Verdrag in beide Verdragsluitende Staten voor het laatst toepassing met betrekking tot handelingen in het kader van administratieve bijstand die worden verricht vóór 1 januari van het kalenderjaar dat volgt op het jaar waarin de kennisgeving van opzegging is gedaan.

Geschehen zu Den Haag am 21. Mai 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Gedaan te 's-Gravenhage op 21 mei 1999 in de Duitse en in de Nederlandse taal, in twee originelen, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Eberhard von Puttkamer

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
Drs. J. van den Berg

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland besteht ein Abkommen vom 16. Juni 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete in der Fassung des 2. Zusatzprotokolls vom 21. Mai 1991 (BGBl. 1960 II S. 1781, 2216; BGBl. 1991 II S. 1428; BGBl. 1992 II S. 170). Das Abkommen enthält keine allgemeinen Regelungen über die gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern und der Zustellung von Schriftstücken. Lediglich im Bereich der Grenzgängerbesteuerung bestehen Regelungen zur gegenseitigen Unterstützung bei der Zustellung von Schriftstücken und der Beitreibung von Steuern, Kosten und Zinsen. Diese punktuellen Vereinbarungen haben sich in der Vergangenheit bewährt, entsprechen aber nicht mehr dem gegenwärtigen Stand der deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen und der sich daraus ergebenden steuerlichen Folgen. Das neue Abkommen enthält die erforderlichen umfassenden Regelungen für die gegenseitige Amtshilfe bei den Steuern. Sie entsprechen weitgehend den Regelungen, wie sie auch schon in den „Großen Steuerabkommen“ mit Schweden vom 14. Juli 1992 (BGBl. 1994 II S. 687) und mit Dänemark vom 22. November 1995 (BGBl. 1996 II S. 2566) vereinbart worden sind.

II. Zu den einzelnen Abkommensbestimmungen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel umschreibt in Absatz 1 in allgemeiner Form das Ziel des Abkommens, gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von Steueransprüchen und der Bekanntgabe von Schriftstücken zu leisten. Absatz 2 bestimmt den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens. Absatz 3 regelt den Vorrang des Abkommens gegenüber den bisherigen punktuellen Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bestimmt die Steuern, für die das Abkommen gilt. Dies sind die direkten Steuern wie die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer. Die Grundsteuer wurde nicht in den sachlichen Geltungsbereich aufgenommen, da dem Belegenheitsstaat regelmäßig das Grundstück zur unmittelbaren Vollstreckung zur Verfügung steht. Absatz 2 enthält die in Steuerabkommen übliche Klausel, wonach das Abkommen auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art gilt, die nach der Unterzeichnung des Abkommens erhoben werden. Absatz 3 eröffnet den Vertragsstaaten die Möglichkeit, das Abkommen auf andere Steuern auszudehnen.

Zu Artikel 3

Der Artikel definiert in Absatz 1 einige im Abkommen wiederholt verwendete Begriffe. Absatz 2 bestimmt, dass bei der Abkommensanwendung hinsichtlich nicht im Abkommen selbst definierter Ausdrücke das Recht des Vertrags-

staats, der das Abkommen anwendet, maßgeblich sein soll. Hierzu gehört für beide Staaten auch das geltende deutsch-niederländische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Zu Artikel 4

Nach Absatz 1 führt jeder Vertragsstaat die Beitreibung der Steueransprüche des anderen Vertragsstaats so durch, als handele es sich um seine eigenen Ansprüche. Vorbehaltlich möglicher Sicherungsmaßnahmen nach Artikel 8 können nach Absatz 2 grundsätzlich nur rechtskräftig geschuldete Beträge Gegenstand der Beitreibungshilfe sein. Nach Absatz 3 kann sich das Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung nicht nur auf den Schuldner der jeweiligen Steuer, sondern auch auf Haftungsschuldner im Sinne der Gesetze des ersuchenden Staates beziehen. Absatz 4 beschränkt Beitreibungsmaßnahmen bei der Erbschaftsteuer auf die Höhe des Nachlasswertes, der auf den jeweiligen Nachlassbegünstigten entfällt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, dass hinsichtlich der Verjährung das Recht des ersuchenden Staates maßgebend ist. Daher hat der ersuchende Staat in seinem Ersuchen Hinweise über die bei ihm geltenden Verjährungsfristen zu geben (Absatz 1). In Absatz 2 wird klargestellt, dass Maßnahmen des ersuchten Staates, die die Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen, diese Wirkungen auch nach dem Recht des ersuchenden Staates haben. Absatz 3 setzt den zeitlichen Rahmen für die Ausführung von Beitreibungsersuchen. Danach kann der ersuchte Staat die Ausführung von Ersuchen ablehnen, die erst 15 Jahre nach Ausstellung des ursprünglichen Vollstreckungstitels gestellt werden.

Zu den Artikeln 6, 7 und 8

Diese Artikel enthalten weitere Verfahrensvorschriften. Danach müssen Steueransprüche, für die um Beitreibung ersucht wird, im ersuchten Staat nicht bevorzugt befriedigt werden. Der ersuchte Staat kann Zahlungsaufschub gewähren oder Ratenzahlungen zustimmen sowie auf Ersuchen des anderen Vertragsstaats geeignete Sicherungsmaßnahmen durchführen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel regelt die Bekanntgabe von Schriftstücken. Nach Absatz 1 kann jeder Staat einer im anderen Staat ansässigen Person Schriftstücke auf dem normalen Postweg unmittelbar zusenden. Dies gilt auch für nicht in Artikel 2 des Abkommens genannte Steuern. Absatz 2 sieht auf Ersuchen eine förmliche Zustellung von Schriftstücken einschließlich gerichtlicher Entscheidungen vor, jedoch nur, soweit sie unter das Abkommen fallende Steuern betreffen. Absatz 3 enthält Verfahrensvorschriften für die förmliche Zustellung. Nach Absatz 4 wird eine vom ersuchten Staat nach seinem Recht vorgenommene Zustellung nicht dadurch nichtig, dass sie den Bestimmungen dieses Artikels nicht entspricht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel enthält ergänzende Verfahrensvorschriften. So sind bei einem Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung oder um Sicherungsmaßnahmen auch Art und Zusammensetzung der Steueransprüche und die Vermögenswerte anzugeben, aus denen die Ansprüche befriedigt werden können. Weiterhin sind die Anlagen bezeichnet, die einem Beitreibungersuchen beizufügen sind (insbesondere Erklärung, dass der Anspruch nicht mehr angefochten werden kann). Der ersuchte Staat ist verpflichtet, den Eingang eines Amtshilfeersuchens innerhalb von sieben Tagen schriftlich zu bestätigen (Absatz 5).

Zu Artikel 11

Dieser Artikel bestimmt die Grenzen der Beistandsleistung. Die persönlichen Rechte des Betroffenen und die Schutzbestimmungen zu seinen Gunsten bleiben nach Absatz 1 unberührt. Nach Absatz 2 ist die Inhaftnahme ausgeschlossen. In Absatz 3 sind die Kriterien zusammengefasst, nach denen der ersuchte Staat gewünschte Amtshilfemaßnahmen verweigern kann. So ist er nicht verpflichtet, Maßnahmen durchzuführen, die von seinen eigenen Gesetzen und von seiner Verwaltungspraxis abweichen. Auch die Verletzung des „ordre public“ ist ihm nicht zuzumuten. Die Unterstützung kann verweigert werden, wenn der ersuchende Staat seine eigenen Mittel nicht ausgeschöpft hat. Bei Zurückweisung des Ersuchens ist der ersuchende Staat nach Absatz 4 unverzüglich zu unterrichten.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt den Austausch der Informationen, die zur Durchführung des Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind. Dabei begrenzt Absatz 2 die Verpflichtung eines Vertragsstaats, Informationen, die im üblichen Verwaltungsverfahren beider Staaten nicht beschafft werden können, beziehungsweise Informationen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche, zu erteilen.

Zu Artikel 13

Absatz 1 enthält die übliche Geheimhaltungsklausel, wie sie auch in anderen Steuerverträgen enthalten ist. Die übermittelten Informationen dürfen danach nur den Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit den jeweils erforderlichen Maßnahmen befasst sind. Die Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde erfolgen, die die Information erteilt hat. Die Absätze 2 bis 8 enthalten die üblichen bereichsspezifischen Bestimmungen zum Datenschutz.

Zu Artikel 14

Absatz 1 bestimmt, dass Rechtsbehelfe gegen die vom ersuchten Staat ergriffenen Maßnahmen nur bei der zuständigen Behörde dieses Staates eingelegt werden können. Nach Absatz 2 sind Rechtsbehelfe gegen die vom ersuchenden Staat getroffenen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich des Bestands und der Höhe des Steueranspruchs, nur bei der dafür zuständigen Stelle dieses Staates einzulegen. Wird dort ein Rechtsbehelf eingelegt, so kann der ersuchte Staat auf Antrag des ersuchenden Staates Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der späteren Beitreibung treffen. Die beiden Vertragsstaaten unterrichten sich über Entscheidungen und Auswirkungen im Einzelnen (Absatz 3).

Zu Artikel 15

Nach diesem Artikel gehen die üblichen bei der Ausführung der Amtshilfe entstehenden Kosten zu Lasten des ersuchten Staates. Lediglich außergewöhnliche Kosten sind vom ersuchenden Staat zu tragen. Für Kosten von Beitreibungsmaßnahmen, die sich wegen Nichtbestehens eines Steueranspruchs oder Ungültigkeit des Vollstreckungstitels als unberechtigt erwiesen haben, haftet der ersuchende Staat.

Zu Artikel 16

Diese Bestimmung enthält die bei Steuerabkommen übliche Klausel, wonach die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unmittelbar miteinander verkehren können. Im Übrigen gibt der Artikel den zuständigen Behörden die Möglichkeit, Verständigungsvereinbarungen zur praktischen Abwicklung der Beitreibungsmaßnahmen sowie zur Auslegung des Abkommens zu treffen. Ferner ist bestimmt, dass die Ersuchen in deutscher oder niederländischer Sprache abgefasst und beantwortet werden können.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel bedarf das Abkommen zu seinem Inkrafttreten einer besonderen Ratifikation. Es wird einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Nach dem Inkrafttreten kann aber grundsätzlich Amtshilfe auch in Bezug auf Steueransprüche in Anspruch genommen und geleistet werden, die vor Inkrafttreten des Abkommens entstanden sind.

Zu Artikel 18

Das Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, kann jedoch jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, gekündigt werden. Danach wird es letztmals auf Beistandshandlungen anzuwenden sein, die im Jahr der Kündigung durchgeführt werden.

